



Antrag

der Abgeordneten des SSW

Uploadfilter verbieten – Verträge mit Verwertungsgesellschaften schließen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, eine Bundesratsinitiative zu starten, mit dem Ziel,

- a) die Nutzung von Uploadfiltern in Deutschland zu untersagen

und

- b) die Betreiber von Internetplattformen zu verpflichten, zur Sicherung von Urheberrechtsansprüchen vertragliche Vereinbarungen mit Verwertungsgesellschaften zu schließen.

Begründung:

Nachdem die Urheberrechtsreform auf Europäischer Ebene beschlossen worden ist, soll diese bis 2021 in nationales Recht umgesetzt werden. Hierbei hat Deutschland Spielräume, die es zu nutzen gilt. Es ist keineswegs so, dass Uploadfilter seitens der EU verpflichtend vorgeschrieben sind. Deshalb müssen diese zum Schutz des freien Zugangs zum Internet und der Meinungsfreiheit im Internet untersagt werden und gleichzeitig urheberrechtliche Ansprüche durch die Internetplattformen über Verwertungsgesellschaften abgegolten werden.

— Lars Harms

und die Abgeordneten des SSW